

Vereinigtes Königreich

David Allen / Michael Smith

Die britische EU-Politik war 2004 wesentlich von dem Wunsch beeinflusst, den Schaden wieder gut zu machen, der durch die Unstimmigkeiten zwischen dem Vereinigten Königreich und einigen EU-Mitgliedstaaten wegen des Irakkriegs entstanden war. Der Handlungsspielraum der britischen Regierung war dabei jedoch durch die anhaltende Unpopularität der EU in der britischen Öffentlichkeit und dem Wunsch der Regierung, im Frühjahr 2005 Neuwahlen zum britischen Unterhaus abzuhalten, eingeengt.

Institutionelle Themen

2004 veröffentlichte die britische Regierung zum ersten Mal zwei Weißbücher mit dem Ziel, dem britischen Parlament verbesserte Möglichkeiten zu eröffnen, die Politik der Regierung in EU-Angelegenheiten zu kontrollieren. Das erste Weißbuch¹ wurde im April 2004 veröffentlicht, gefolgt vom zweiten² im September 2004. Beide legten das Programm des Rats und der Kommission dar und wiesen die Position der britischen Regierung zu den konkreten Punkten des Programms aus.

Im Juni 2004 wurden in der ganzen Union Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten. Im Vereinigten Königreich wurden nach dem Verhältniswahlrecht Listen in elf Regionen gewählt; dies gilt mit Ausnahme Nordirlands, dort konnten drei Vertreter für den Wahlkreis, der die ganze Provinz umfasste, bestimmt werden. Die Zahl der Sitze Großbritanniens war 2004 von 87 auf 78 vermindert worden, wie es mit dem Vertrag von Nizza zu Gunsten der Vertreter der neuen Mitgliedstaaten beschlossen worden war. Die Wahlbeteiligung in Großbritannien lag bei 38,7 Prozent, was gegenüber 1999 eine Verbesserung darstellte, damals lag sie bei nur 24 Prozent. Die Wahlbeteiligung in der gesamten Union erreichte einen Tiefstand von 45,3 Prozent und die Zunahme im Vereinigten Königreich ging auch nur auf die Unterstützungswelle für die anti-europäische UK Independence Party zurück (UKIP).

In Großbritannien (ohne Nordirland) verloren die beiden großen Parteien (Labour und die Konservativen) Sitze,³ während der große Gewinner die UKIP war, die von der Unpopularität der EU und des Euro profitierte und die auch für ein Nein in einem zukünftigen Referendum über den Verfassungsvertrag eintrat. Die liberalen Demokraten gewannen ebenfalls zwei Sitze dazu und in Irland gewann Sinn Féin den Sitz, den die SDLP verlor. Die Europawahlen waren, wie immer im Vereinigten Königreich, keine große Sache; eher bestimmt von innenpolitischen als von europäischen Themen, doch auch beeinflusst vom spektakulären Umschwenken Blairs im April 2004. Damals kündigte er an, dass Groß-

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

1 Prospects for the EU in 2004, Command 6174, vom Außenminister dem Parlament vorgestellt im April 2004.

2 Update on Prospects for the EU in 2004, Command 6310, vom Außenminister dem Parlament vorgestellt im September 2004.

3 Für Details der britischen Wahlergebnisse siehe die BBC Webseite: http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/vote2004/euro_uk/html/front.stm

britannien doch ein Referendum über den Verfassungsvertrag abhalten werde. Vor dieser Entscheidung war die britische Regierung beherzt gegen ein Referendum eingetreten, mit der Begründung, dass auch die Konservativen zu deren Regierungszeit ein Referendum über die Einheitliche Europäische Akte und über den Vertrag von Maastricht als ungeeignet abgelehnt hätten. Der Meinungsumschwung Blairs war stark beeinflusst von der Entscheidung der neu gewählten spanischen Regierung, dem Verfassungsvertrag zuzustimmen, trotz ihres Vorbehalts gegenüber einer Änderung der auf der Grundlage des Vertrags von Nizza für sie so vorteilhaften Abstimmungsmodalitäten im Rat. Nachdem nun Spanien seine Vorbehalte zurückgestellt hatte, war klar, dass der Verfassungsvertrag unterzeichnet werden würde (was auch im Juni geschah) und dass damit die Frage eines Referendums auf die Tagesordnung der britischen Politik kommen würde, da die konservative Opposition wie die UK Independence Party eines einforderten. Mit seinem Meinungswechsel nahm Blair im Vorfeld der Europawahlen sowie der Wahlen zum britischen Parlament die Frage nach dem Für und Wider eines Referendums erfolgreich von der Agenda der britischen Politik. Blair bedachte vermutlich mit, dass ihm ein „präsidiales Gehabe“ vorgeworfen wurde (beispielsweise in der Irakfrage), dass seine Popularität auf einem Tiefstand lag und dass die Zustimmung zu einem Referendum ein wenig Druck von ihm nehmen würde.

Klar ist, dass er sich nicht um die Auswirkungen seiner Entscheidung auf den Rest der Europäischen Union sorgte. Nicht nur, dass es unwahrscheinlich für ihn war, ein Referendum über den Verfassungsvertrag in Großbritannien zu gewinnen, seine Entscheidung vergrößerte auch den Druck auf andere Mitgliedstaaten der EU (insbesondere Frankreich), ein Referendum abzuhalten. Wieder einmal scheint es so, als sei Blair entschlossen, seine innenpolitischen Ambitionen (eine historische dritte Amtszeit für Labour) höher zu werten, als seinen früheren Ehrgeiz, die Europäische Union und die Rolle Großbritanniens darin zu fördern. Als die Entscheidung für ein Referendum verkündet wurde, stellte die britische Regierung ebenfalls klar, dass sie nicht vorhabe, es vor dem Ende der bevorstehenden britischen Ratspräsidentschaft abzuhalten, die erst im Dezember 2005 vorüber sein wird.

Die britische Regierung begrüßte zweifellos die Ernennung von Jose Barroso zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission und dieser belohnte das Vereinigte Königreich für dessen Unterstützung mit seiner Entscheidung, den wichtigen Posten des Handelskommissars dem britischen Kommissar Peter Mandelson zu übertragen. Die britische Regierung unterstützte ebenfalls die Entscheidung des Europäischen Rats, die einstimmig nach der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags gefallen war, Javier Solana im Amt des Generalsekretärs des Rats und als Hohen Vertreter der GASP zu bestätigen und ihn als ersten EU-Außenminister für die Zeit nach einem möglichen In-Kraft-Treten des Verfassungsvertrags zu nominieren.

Entwicklungen der europäischen Innenpolitik

Die britische Regierung ist sehr interessiert an Fortschritten bei der Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013. Ihr wichtigstes Ziel ist natürlich die Beibehaltung des britischen Rabatts, wie er 1984 von Margaret Thatcher ausgehandelt worden war. 2004 wiederholte die britische Regierung bei mehreren Gelegenheiten öffentlich, dass sie jeden Versuch, den Rabatt abzuschaffen, mit einem Veto blockieren würde, da sie ihn als „gerechtfertigt und notwendig zum Ausgleich zwischen dem unverhältnismäßig geringen britischen Anteil an den Transfers und dem überdurchschnittlich hohen britischen

Beitrag⁴ ansieht. Doch lassen hinter vorgehaltener Hand Vertreter der britischen Regierung wissen, dass sie bereit sein könnten, über den Rabatt zu reden, wenn der Haushalt der EU wesentlich reduziert werden würde. Das Vereinigte Königreich gehört zu einer Gruppe von Staaten (die anderen sind Österreich, Frankreich, Deutschland, Schweden und die Niederlande), die wünschen, dass der EU-Haushalt in der nächsten Finanziellen Vorausschau unter einem Prozent des BIP gehalten wird. Deshalb lehnte das Vereinigte Königreich den Julivorschlag der Kommission, den EU-Haushalt auf 1,26 Prozent ansteigen zu lassen, als „unrealistisch und inakzeptabel“ ab. Die britische Regierung lehnte auch entschieden den Kommissionsvorschlag einer EU-Steuer ab, um weitere Einnahmen für die Europäische Union zu erzielen.

Die Entschlossenheit der britischen Regierung, das EU-Budget niedrig zu halten, beeinflusst eine Reihe von Positionen in europäischen Politikfeldern, hauptsächlich in Fragen der Strukturfonds, der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Entwicklungspolitik. Das Vereinigte Königreich lancierte 2004 eine umfangreiche Kritik an der Entwicklungspolitik der EU und trat für eine Renationalisierung der Entwicklungshilfe ein. Dabei stand die britische Regierung besonders der Leistung der Kommission bei der Umsetzung sehr kritisch gegenüber, obwohl das britische Oberhaus auf der Basis eigener Untersuchungen zu dem Schluss gekommen war, dass die Fähigkeit zur Implementierung seitens der EU sich nach der Reform durch EuropeAid (einschließlich der Länderstrategie-papiere, der finanziellen Dezentralisierung und der administrativen Verlagerung von Brüssel zu den Vertretungen der Kommission vor Ort) erheblich verbessert hätte. Der Bericht des Oberhauses⁵ vertrat die Position, dass die Kommission nun ihre Aufmerksamkeit der verbesserten Koordinierung der multilateralen EU-Hilfe und der bilateralen Hilfe der Mitgliedstaaten zuwenden müsse und er unterstrich eine schwache Koordinierungsleistung der Hilfe innerhalb der Kommission – besonders zwischen den Generaldirektionen Entwicklung und Landwirtschaft.

Das Vereinigte Königreich lenkte seine Aufmerksamkeit auf den Sachverhalt, dass die EU sich trotz der öffentlichen Selbstverpflichtung, den ärmsten Staaten weltweit zu helfen, immer mehr anschiebt, eher ihre direkte Nachbarschaft als die wirklich armen Staaten (viele davon sind afrikanische Staaten) zu privilegieren. Der Anteil der EU-Hilfen an die armen und ärmsten Länder fiel im letzten Jahrzehnt von 70 auf unter 50 Prozent. Sowohl Premierminister Tony Blair wie Finanzminister Gordon Brown haben sich für die Ausweitung der Hilfen für die ärmsten Länder ausgesprochen. Ihre Kritik an der Verteilung der EU-Hilfeleistungen dient mehreren Zwecken – nämlich sowohl innenpolitischen wie außenpolitischen. Gordon Brown war beispielsweise dafür eingetreten, den ärmsten Staaten durch einen über das internationale Finanzsystem mittels Garantien der Mitgliedstaaten abgesicherten Schuldenerlass unter die Arme zu greifen. Diese Vorschläge waren von der Europäischen Kommission scharf zurückgewiesen worden, doch sie werden wohl 2005 wieder auf der Agenda stehen, wenn Großbritannien den Vorsitz der G8 übernimmt.

Die Vorschläge der Kommission zu den Strukturfonds machten der britischen Regierung ebenfalls Sorgen. Sie ist bestrebt, die Fonds möglichst einfach zu gestalten und idealer Weise zu renationalisieren bzw., wenn dies nicht möglich sein sollte, wenigstens für eine größtmögliche Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Implementierung zu sorgen.

4 Command 6310, S. 8.

5 House of Lords Select Committee on the European Union, Session 2003-2004, Twelfth Report on EU Development Aid in Transition, HL paper 75.

Die britische Regierung schätzt den Kommissionsvorschlag nicht, das Budget der Strukturfonds um 30 Prozent auszuweiten. Sie kritisiert die Europäische Kommission – wie auch in der Entwicklungspolitik – dafür, das Ziel, den ärmsten zu helfen, nicht zu erreichen. Großbritannien wäre bereit, für einen reduzierten Haushalt auf alle Einnahmen aus den Strukturfonds zu verzichten. Es lädt alle „alten“ Mitgliedstaaten dazu ein, es ihm gleich zu tun und somit die Hilfen der Strukturfonds ausschließlich auf die neuen Mitgliedstaaten zu begrenzen.

Großbritannien ist weiterhin nicht mit dem Arrangement der landwirtschaftlichen Hilfen zufrieden und dies trotz der Reform von 2003, die einem lang gehegten britischen Wunsch nachkam, die Landwirte durch Direktzahlungen und nicht durch Preisgarantien zu unterstützen. Die Briten waren nie glücklich mit der von Frankreich und Deutschland ausgehandelten Vereinbarung, die Unterstützung der Landwirtschaft wenigstens bis 2013 auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten und Großbritannien wird sicherlich jede Gelegenheit bei den Verhandlungen der Finanziellen Vorausschau dazu nutzen, diese Vereinbarung wieder in Frage zu stellen.

Die „Lissabon-Agenda“ ist ein Lieblingskind vom Premierminister Blair. Daher wird sie ein Kernanliegen der britischen Regierung bleiben, obwohl bis heute wenig erreicht wurde. Sowohl Tony Blair wie Gordon Brown streben nach einer Reform der Regulierung in der EU, da sie davon ausgehen, dass sich dies sowohl in der britischen Öffentlichkeit wie besonders für die britische Industrie positiv auswirken würde. Dabei finden sich die Briten einmal mehr auf Konfrontationskurs mit den Franzosen wieder, denen Blairs und Browns US-amerikanische Tendenzen in Managementfragen und im Wirtschaftskurs verdächtig sind.

Das gleiche gilt für die Dienstleistungsrichtlinie, die die Briten als entscheidend für die Entwicklung des Binnenmarkts betrachten. Im Binnenmarkt werden 70 Prozent des BIP der EU im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, die aber nur 20 Prozent des inner-europäischen Handels ausmachen. Französischen Widerstand wird man auch gegenüber den britischen Forderungen erwarten können, die Arbeitszeitrichtlinie (vor dem Hintergrund der aktuellen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs) so zu verändern, dass es einzelnen Arbeitern freisteht, mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten.

Seit den terroristischen Anschlägen von New York und Madrid und im Licht der Erweiterung nahm die britische Regierung eine neue und positivere Haltung gegenüber einer Entwicklung der polizeilichen Zusammenarbeit im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein. Nach Jahren des Widerstand ist das Vereinigte Königreich nun darauf erpicht, alle Mitgliedstaaten zur Ratifizierung des europäischen Haftbefehls zu überreden. Britische Geheimdienstbehörden zeigen eine neue Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den EU-Partnern und die britische Regierung gab 2004 der Einrichtung einer Anti-Terror-Zelle der EU zur Bereitstellung von geheimdienstlichen Lagebeurteilungen ihre volle Unterstützung. In Verbindung mit Anti-Terror-Anstrengungen traten die Briten für Maßnahmen auf EU-Ebene zur Speicherung von Telekommunikationsdaten ein, um sowohl gegen den Terrorismus wie gegen das organisierte Verbrechen, einschließlich des Drogenhandels, vorgehen zu können.

Das Vereinigte Königreich vereinigt eine Reihe von Anziehungsfaktoren für Asylbewerber und die britische Regierung ist bestrebt, die Entwicklungen einer effektiven EU-Asylpolitik zu unterstützen, um damit zu einer Lastenteilung mit den anderen EU-Partnern zu gelangen. Das Vereinigte Königreich dringt dabei besonders auf eine Harmonisierung

der Bestimmungen, die die Einreise potentieller Asylbewerber in die EU betreffen, sowie derjenigen, die die Rückkehr abgelehnter Asylbewerber und außergesetzlicher Einwanderer in ihre Ursprungsländer regeln. Schließlich entschied sich die britische Regierung, wissend um den Bedarf der britischen Wirtschaft an ausgebildeten und unausgebildeten Arbeitskräften, gegen die Einführung von Zuzugsbegrenzungen für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten, wie die Beitrittsverträge es zugelassen hätten.

Entwicklungen der europäischen Außenpolitik

Nach der Krise und den gegenseitigen Beschuldigungen von 2003, die sich zentral um die Rolle des Vereinigten Königreichs im US-geführten Angriff auf den Irak drehten, war 2004 ein relativ ruhiger Zeitabschnitt mit einer gewissen inneuropäischen „détente“. Tatsächlich stellte der Versuch der Briten, Franzosen und Deutschen, unter den „Großen Drei“ wieder eine gewisse Übereinstimmung in der außenpolitischen Zielsetzung herzustellen, eines der zentralen Themen des Jahres dar. Dieser Versuch einer diplomatischen Führung, der sich zuerst auf einem Treffen in Berlin im Februar 2004 äußerte, konzentrierte sich zum Teil auf die Entwicklung von GASP und ESVP, war aber nicht nur auf außen- und sicherheitspolitische Belange bezogen, sondern schloss auch die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Reformen und der Wettbewerbsstrategien innerhalb der Union ein, was sich vor allem im Vorschlag eines ökonomischen „Superkommissars“ niederschlug. Entgegnungen der Großen Drei, im Interesse aller EU-Mitgliedstaaten zu handeln, bewahrte die Initiative nicht vor Verdächtigungen namentlich Italiens, das die Bildung eines exklusiven Direktoriums fürchtete.⁶ Auch konnte sich Präsident Chirac nicht zurückhalten, am Ende des Treffens die Vorrangstellung des deutsch-französischen Motors für die EU zu betonen. Trotz dieser offensichtlichen Zeichen anhaltender französisch-britischer Spannungen, bemühte die britische Regierung sich kontinuierlich um die Stärkung der Zusammenarbeit mit Paris und der bilaterale Gipfel in London im November unterstrich den breiten außenpolitischen Konsens, wenn auch mit immer noch vorhandenen Anzeichen eines Meinungsunterschieds über die Beziehungen zu den USA.⁷ Die Sicht des britischen Premierministers, das Vereinigte Königreich könne sich als Zentralmacht zwischen der EU und den USA bewegen, wurde von ihm in seiner Rede vor dem Mansion House im November 2004 noch einmal bekräftigt, in der er versicherte, dass „Großbritannien stolz sein soll auf seine Allianz mit Amerika, eindeutig in seiner Rolle in Europa und unermüdlich in seinem Eintreten für ein starkes Band zwischen den beiden.“⁸

Die praktische Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Großen Drei konnte sich am deutlichsten in der ständig aktuellen Aufgabe der Drei hinsichtlich der nuklearen Ambitionen des Iran beweisen. Dies stellt einen Bereich anhaltender Spannungen mit Washington dar, aber auch einen Bereich, in dem die Briten eine bemerkenswerte europäische Solidarität gezeigt haben. Im Lauf des Jahres erreichten die Drei durch zähe Hartnäckigkeit eine diplomatische Lösung, obwohl sie zugeben mussten, dass es notwendig werden könnte, nachdem die Iraner es vermieden, konkrete Verpflichtungen einzugehen,

6 Für einen detaillierten Überblick des Treffens und seiner Auswirkungen vgl. George Parker: „Will the Big Three give Europe fresh impetus – or just deepen its divisions?“ *Financial Times*, 16. Februar 2004, S. 15.

7 Siehe Ewen McAskill / Jon Henley: „Chirac insists the entente is still cordial“, *The Guardian*, 18. November 2004, S. 15.

8 Tony Blair: „Strengthening Britain’s alliances with Europe and America“, Rede gehalten aus Anlass des Lord Mayor’s Banquet, Mansion House, London, 15. November 2004.

die Sache doch noch vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen. Gegen Ende des Jahres verpflichtete sich die iranische Regierung zu einem Einfrieren der Wiederaufarbeitung und es schien, als ob sich die europäische Solidarität der Briten zumindest kurzfristig auszahlen würde.⁹ In der Nahostpolitik erwiesen sich die Briten dahingehend als „gute Europäer“, als dass sie die europäische Position hinsichtlich der „Road Map“ für den Frieden im Nahen Osten unterstützten und für den israelischen Siedlungsstopp im Westjordanland und im Gazastreifen eintraten. In beiden Fragen konnte sich die britische Regierung eindeutig mehr mit der europäischen Position anfreunden als mit der Haltung der Bush-Administration.

Ein umstritteneres Thema, das die Aussicht auf ein tieferes Zerwürfnis der Großen Drei am Horizont aufscheinen ließ, war das des Waffenembargos gegenüber China, das in den frühen 1990er Jahren nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens verhängt worden war. Im Lauf des Jahres traten vor allem die Franzosen immer wieder dafür ein, das Embargo aufzuheben oder zumindest zu lockern, um der Entwicklung der Beziehungen mit Peking und auch den ökonomischen Interessen der französischen und europäischen Industrie gerecht zu werden. Dies wurde von den Amerikanern vehement abgelehnt und so war das Vereinigte Königreich einmal mehr zwischen europäischer Solidarität und der „special relationship“ mit den USA hin und her gerissen. Die britische Reaktion war eine doppelte: Im Rahmen der EU waren sie zur Lockerung des Embargos bereit, doch nur wenn dies von einer Verschärfung des generellen Waffenexportkodex der EU begleitet werden würde; innerhalb der Beziehungen mit Washington waren die Briten bereit, vehement gegen eine Lockerung des Embargos einzutreten, solange es keine angemessenen Garantien gebe. In diesem Fall muss betont werden, dass die Briten nicht einfach nur die Rolle des treuen Vasallen Washingtons spielten, ihre Position spiegelte vielmehr auch den Wunsch wider, den europäischen Zusammenhalt zu wahren. Das Embargo wurde 2004 nicht gelockert, doch das Thema blieb auf dem Tisch und wird weiter diskutiert werden.¹⁰

Die Frage der europäischen Solidarität und der Führung durch das Vereinigte Königreich war auch bei der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer präsent. Obwohl es einige Spannungen zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen über die Zuständigkeiten und den Grad der Unabhängigkeit der Europäischen Verteidigungsagentur gab, einigte man sich in diesen Fragen, und die Agentur konnte schließlich ihre Arbeit aufnehmen.¹¹ Die Briten stimmten auch der Einrichtung einer militärischen Planungseinheit zu, die sich um die französisch-britische Kooperation herumgruppiertere – ein weiterer Hinweis für die Zusammenarbeit der beiden größten militärischen Akteure der Union in der Praxis. Konkret übernahmen die Briten zusammen mit den Franzosen eine führende Rolle bei der Entwicklung und Verbesserung des „Battle groups“-Konzepts zu einer effektiven militärischen Interventionsstreitmacht der Union. Diese 1 500 Mann starken Kampfeinheiten sollen schnelle Interventionsfähigkeiten bei einer Reihe von möglichen Konflikten bereitstellen und einer größtmöglichen Zahl von EU-

9 Siehe David Allen / Michael Smith: „External Policy Developments“, in: L. Miles (Hrsg.): *The European Union Annual Review, 2004/5* (Oxford: Blackwell 2005).

10 Siehe zum Beispiel David Cronin: „EU ready to cave in to US over weapons sales to China“, *European Voice*, 15.-21. April 2004, S. 1; Peter Spiegel: „US threat to UK defence groups over China arms“, *Financial Times*, 24. Dezember 2004, S. 1.

11 David Cronin: „UK, Germany and France battle over defence agency“, *European Voice*, 27. Mai – 2. Juni 2004, S. 1.

Mitgliedern die Teilnahme ermöglichen. Premierminister Tony Blair betrachtete dies vor allem als einen bedeutenden Beitrag für die Lösung von gewaltsamen Konflikten in Afrika, entsprechend passte dies ausgezeichnet zu dem entwicklungspolitischen Fokus auf Afrika während der britischen Präsidentschaft der G8. Dieser afrikanische Schwerpunkt wurde gegen Ende des Jahres stärker betont, was sich zum Teil auch in den britischen Kommentaren gegenüber den EU-Hilfen auswirkte, die, wie bereits erwähnt, eher auf den Balkan als nach Afrika gehen.¹²

Die Verbindung von Europapolitik und Weltordnung wurde ebenfalls in der andauernden Debatte um die Umsetzung des Kyoto-Protokolls virulent. Dieses Thema ist eines, bei dem die Briten immer einen europäischen Standpunkt vertreten hatten und bereit sind, auf Konfrontationskurs zu den Amerikanern zu gehen. 2004 bekam der stetige, aber langsame Prozess hin zur Implementierung durch die russische Bereitschaft zur Ratifizierung einen gewaltigen Schub. Das war der Hintergrund der Versuche, den Emissionshandel innerhalb der EU anlaufen zu lassen und den nächsten Schritt in Richtung auf die vereinbarten Zieldefinitionen auf globaler Ebene zu gehen. Wie beim Thema der Hilfe für Afrika fiel dies mit einer der britischen Prioritäten für die G8-Präsidentschaft zusammen, so dass die Bereitschaft wuchs, diplomatischen Druck auf die Amerikaner auszuüben, um ein größeres Maß an Solidarität auf globaler Ebene zu erzielen.¹³ Der Fortschritt bei diesen Bemühungen war nicht spektakulär, und im Dezember scheiterte schließlich der Versuch, einen Nachfolgeprozess auf einem Treffen in Buenos Aires in Bewegung zu setzen, wieder in der unnachgiebigen Opposition der USA.

Dieses weitere Spektrum globaler Diplomatie wurde von steter Aufmerksamkeit gegenüber den begrenzten, aber dennoch vitalen Möglichkeiten der europäischen Ordnung begleitet. 2004 übernahmen die Briten eine aktive Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“, deren Ziel es war, die Beziehungen zwischen der erweiterten EU und ihren neuen Nachbarn zu stabilisieren. Sie standen darüber hinaus in der vordersten Linie der Unterstützung weiterer Beitritte, ein Standpunkt, der seinen Ausdruck vor allem im britischen Fördern der Verhandlungen mit der Türkei fand. Trotz der Vorbehalte einiger EU-Mitglieder (und weiter Teile der öffentlichen europäischen Meinung) kamen die Europäer am Ende des Jahres überein, 2005 Verhandlungen mit der Türkei zu beginnen – eine Entscheidung, die nahezu vollständig auf der britischen Linie lag.¹⁴ Auf dem westlichen Balkan einigte sich die EU auf die Operation Althea, womit sie die Arbeit der SFOR in Bosnien-Herzegowina übernahm, die in der Lagesicherung zur Umsetzung des Dayton-Abkommens besteht. Althea umfasst die Entsendung von 7 000 Mann starken Truppen unter dem lokalen Kommando des britischen Generals David Leakey. Die Althea-Kräfte werden von den NATO-Strukturen unterstützt (gemäß dem „Berlin-Plus-Abkommen“ zwischen der EU und der NATO) und das operative Kommando obliegt ebenfalls einem britischen Militär, dem NATO-General John Reith.

12 Patrick Wintour / Nicholas Watt: „Blair’s mission for Africa“, *The Guardian*, 8. Oktober 2004, S. 1; Larry Elliott: „Brown urges EU to switch aid from Balkans to world’s poorest“, *The Guardian*, 8. Oktober 2004, S. 4.

13 Michael White: „UK to take tough line against US over Kyoto“, *The Guardian*, 24. August 2004, S. 5. Für einen detaillierten Überblick der Positionen Ende 2004 siehe *European Voice*, 9.-15. Dezember 2004, S. 19-22.

14 Daniel Dombey / Vincent Boland: „Looking east: after years of pledges, the EU seems set to start talks with Turkey“, *Financial Times*, 16. Dezember 2004, S. 21.

Weitere Themen

Angesprochen werden muss auch noch die Rolle, die Großbritannien beim Thema Einwanderung und Asyl einnahm. Vor dem Hintergrund des Beitritts und dem „Krieg gegen den Terrorismus“ gaben die Briten im November 2004 einem Kompromiss ihre Zustimmung, der zwar das Opting-out der Briten bei zentralen Fragen bestehen ließ, aber an anderen Stellen, beispielsweise der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, durch Bewegung in der britischen Position zustande kam.

Vergessen werden sollte auch nicht die führende Rolle Großbritanniens in Wirtschaftsfragen. 2004 war eine der zentralen Fragen der Niedergang des Dollars, was ein Problem für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft darstellte. Obwohl Großbritannien nicht der Eurozone angehört, teilt es das Interesse mit deren Mitgliedern an stabilen Wechselkursen. Neben dem Dollarproblem stand Großbritannien vor der Herausforderung, sich um entwicklungspolitische Fragen und um das Anschieben der festgefahrenen Doha-Handelsrunde zu kümmern. Während Großbritannien bei den ersten Punkten, für die gemischte Kompetenzen gelten, seinen nationalen Standpunkt vertreten kann, muss sich die britische Regierung bei der Handelsrunde, für die eine vorrangige, wenn nicht ausschließliche Kompetenz der Gemeinschaft gilt, auf eine interne europäische Lobbyarbeit beschränken.

Weiterführende Literatur

- David Baker: Islands of the mind. New Labour's defensive engagement with the European Union, in: *The Political Quarterly*, 76 (January – March 2005) 1, S. 22-36.
- Arthur Benz: Path-dependent institutions and strategic veto players. National parliaments in the European Union, in: *West European Politics*, 27 (November 2004) 5, S. 875-900.
- Simon J. Bulmer; Burch, Martin: *The europeanization of UK government: from quiet revolution to explicit step-change?*, Swindon 2004.
- Mark Gill u.a.: *The referendum battle*, London 2004.
- Charles Grant: What if the British vote no?, in: *Foreign Affairs*, 84 (May-June 2005) 3, S. 86-97.
- Vanda Knowles / Thomson-Pottebohm, Silke: The UK, Germany and ESDP. Developments at the Convention and the IGC, in: *German Politics*, 13 (December 2004) 4, S. 581-604.
- Denis MacShane: *Großbritanniens EU-Präsidentschaft. Interne Krise, äußere Stärke und wirtschaftliche Bewegung*, London 2005.
- Chris Mulhearn / Vane, Howard R.: The UK and the Euro. Debating the British decision, in: *The World Economy*, 28 (February 2005) 2, S. 243-258.
- Peter Norman: Germany and the UK from Convention to the IGC, in: *German Politics*, 13 (December 2004) 4, S. 569-580.
- Kai Oppermann: Blair's U-turn – das britische Referendum über eine europäische Verfassung (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik; 1/2004), Köln 2004.
- Christian Schweiger: British-German relations in the European Union after the war on Iraq, in: *German Politics*, 13 (March 2004) 1, S. 35-55.
- Philip Stephens: Britain and Europe. An unforgettable past and an unavoidable future, in: *The Political Quarterly*, 76 (January – March 2005) 1, S. 12-21.